

# Vladimír Handl

## Vertraute Fremde

### Die tschechisch-deutschen Beziehungen, 1989–2021

Tschechien und Deutschland haben es geschafft, das konfrontative Verhältnis zu überwinden, das ihre Beziehung im 20. Jahrhundert prägte. Historische Streitthemen wurden beigelegt. Konflikte, die sich aus asymmetrischer Machtverteilung und konkurrierenden Interessen ergeben, werden pragmatisch gelöst. Die Beziehungen sind institutionalisiert und stabil. Das gilt für die regionale, die zwischenstaatliche und die internationale Ebene in EU und NATO. Doch die deutsch-tschechische gesellschaftliche Verflechtung bleibt schwach. Und politische Fragen, in denen es um strategische Präferenzen und Werte geht, etwa die Haltung zu Migration, Nation und Souveränität, werden stark von der innenpolitischen Konstellation beeinflusst und können leicht die bilateralen Beziehungen trüben.

Die tschechisch-deutschen Beziehungen haben sich in den drei Jahrzehnten seit Ende des Ost-West-Konflikts fundamental verändert. Entscheidende Faktoren, die auf die bilateralen Beziehungen einwirkten, waren die innere Entwicklung beider Gesellschaften und das sich wandelnde internationale Umfeld. Als die Tschechoslowakei und die Bundesrepublik Deutschland 1990 begannen, ihre Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen, war überall in Europa die Hoffnung verbreitet, das „Ende der Geschichte“ sei gekommen.<sup>1</sup> Die Annahme lautete, dass alle Staaten der Welt auf dem Pfad von Demokratie und Marktwirtschaft in friedlicher Kooperation zu gemeinsamen Werten und einem annähernd gleichen wirtschaftlichen Niveau kommen würden. In Europa würden die immer enger kooperierenden Völker bald in einem Bundesstaat vereint sein. 30 Jahre später dominiert ein Pessimismus, der die reale Lage in gleicher Weise überzeichnet: In den internationalen Beziehungen habe „der Dschungel das Territorium zurückerobert“.<sup>2</sup> Annäherung und erneute Abgrenzung, Konflikt und Kooperation, haben auch das deutsch-tschechische Verhältnis in diesen 30 Jahren geprägt. Streitthemen wie aus der Vergangenheit kommende Ansprüche wurden beigelegt, andere kamen hinzu. Die teils von Asymmetrie, oft aber auch von Symmetrie geprägten Beziehungen zwischen

---

**Vladimír Handl** (1957), JUDr., CSc, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Internationale Studien (IMS) an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Karlsuniversität

Von Vladimír Handl ist in OSTEUROPA u.a. erschienen: Entfremdung und Kooperation. Paradigmenwechsel in der deutschen Russlandpolitik? In: OE, 1–2/2019, S. 53–66. - Sicherheitsverband. Deutschland und die ostmitteleuropäischen Staaten, in: OE, 2/2012, S. 53–70. - Vom Sowjetsatelliten zur Westintegration. 20 Jahre tschechische Europapolitik: Eine Bilanz, in: OE 2–3/2009, S. 357–368.

<sup>1</sup> Francis Fukuyama: The End of History? In: The National Interest, Sommer 1989, S. 3–18.

<sup>2</sup> Robert Kagan: The Jungle Grows Back. America and our imperil world. New York 2019.

Deutschland und Tschechien sind auf allen Ebenen, von der lokalen bis zur europäischen, intensiver und stabiler geworden. Gleichwohl können plötzliche neue Entwicklungen eine rasche Politisierung hervorrufen, in der alte Konfliktkonstellationen wieder auftauchen.

## Symmetrie und Kompatibilität

Der Umbruch in den Jahren 1989–1991 kam nicht nur für die Gesellschaften im Osten Europas überraschend. Noch weniger vorbereitet war das westliche Europa. Es benötigte viel mehr Zeit, bis es auf die neue Situation reagieren konnte. Selbst in Deutschland, dessen östlicher Teil ja den Zusammenbruch des Kommunismus selbst erlebte, dauerte es eine Weile, bis die Regierung unter Helmut Kohl die Veränderungen in der östlichen Nachbarschaft nicht mehr primär als Quelle von Unsicherheit, sondern als Chance betrachtete. Als sich diese Sicht durchgesetzt hatte, fasste Deutschland ein Ziel ins Auge: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft in Ostmittel- und Osteuropas zu verankern, um in einem nächsten Schritt stabile und prosperierende Staaten in die westlichen Integrationsgemeinschaften aufzunehmen oder sie an diese anzubinden.

Damit deckten sich das Programm Deutschlands und das der Tschechischen Republik. Dort hatte sich spätestens seit den Wahlen im Juni 1992 und der Teilung der Tschechoslowakei zum 1. Januar 1993 unter dem Schlagwort „Rückkehr nach Europa“ das Ziel der Westintegration eindeutig gegen das Konzept eines neutralen „dritten Wegs“ zwischen West und Ost durchgesetzt.



*Deutschlands Zukunft beginnt in Prag. Flüchtlinge aus der DDR versuchen im Herbst 1989, in die Botschaft der Bundesrepublik zu gelangen.*

Gemeinsame Werte, analoge politische Systeme und kompatible Interessen machten nun eine Überwindung von Gegensätzen möglich, die die deutsche und die tschechische Gesellschaft lange getrennt hatten. Vier Jahrzehnte hatte die Systemkonfrontation zwischen den kapitalistischen Staaten des Westens und den sozialistischen Staaten des Ostens einer gemeinsamen Auseinandersetzung mit der vom Deutschen Reich erzwungenen Abtretung von Teilen des tschechoslowakischen Staatsgebiets und der nationalsozialistischen Verbrechen im Protektorat Böhmen und Mähren ebenso im Weg gestanden wie einem offenen Dialog über die Aussiedlungen und Vertreibung der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Nun ermöglichte die Neuordnung der Beziehungen Deutschlands zu Tschechien und zu Polen eine Einigung Europas in seinem Zentrum und aus seinem Zentrum heraus.

Erleichtert wurde diese Neuordnung der Beziehungen durch strukturelle Eigenschaften beider Staaten, die dazu führen, dass Deutschland und die Tschechische Republik in großem Maße kompatible Vorstellungen von der Ordnung der internationalen Beziehungen haben. Beide Staaten verfügen nicht über Atomwaffen und haben eine stark exportorientierte Wirtschaft. Sie haben daher ein existentielles Interesse an einer regelbasierten internationalen Ordnung und am Zusammenhalt in der Europäischen Union.

Zudem ähnelten sich die grundlegenden wirtschaftspolitischen Vorstellungen Deutschlands und Tschechiens in den vergangenen 30 Jahren stark. Beide Staaten legen Wert auf einen ausgeglichenen Haushalt, eine niedrige Inflation, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Wirtschaft und die Erzielung eines Handelsbilanzüberschusses. Dies machte Prag und Berlin in der Europäischen Union in vielen Fragen zu Partnern. In vielen Fragen prägt nicht so sehr ein West-Ost-Konflikt, sondern vor allem ein Nord-Süd-Konflikt die Europäische Union. In diesem stehen Berlin und Prag auf der gleichen Seite: jener der Befürworter einer restriktiven Fiskalpolitik.<sup>3</sup>

Symmetrie und Kompatibilität haben dazu geführt, dass die Beziehungen zwischen der Tschechischen Republik und Deutschland drei Jahrzehnte nach Beginn der Annäherung im Jahr 1989 und über anderthalb Jahrzehnte nach dem Beitritt der ostmitteleuropäischen Staaten zur Europäischen Union im Jahr 2004 von einer intensiven, alltäglichen, praktischen, weitgehend entpolitisierten und dezentralisierten Zusammenarbeit in zahlreichen Politikfeldern geprägt sind. Die Volkswirtschaften sind stark verflochten, die Grenzregionen zusammengewachsen.

Allerdings verändert sich das europäische und globale Umfeld, in dem beide Staaten agieren. Deutschland und Tschechien müssen mit einer neuen internationalen Konstellation zurechtkommen – der gewachsenen Bedeutung militärischer Macht, der zunehmenden Konfrontationsbereitschaft auch in ökonomischen Fragen („neue Handelskriege“), dem schrittweisen Rückzug der USA aus Europa, dem aggressiveren Auftreten Russlands, der wachsenden Rivalität mit China. Asymmetrien und Differenzen zwischen Deutschland und Tschechien können in dieser Situation wieder neue Bedeutung gewinnen.

---

<sup>3</sup> Tschechien erfüllte jahrelang die sogenannten Maastricht-Kriterien für den Beitritt zur Eurozone, die für Deutschland eine besondere Rolle spielen. Vyhodnocení plnění maastrichtských konvergenčních kritérií a stupně ekonomické sladění ČR s eurozónou – 2018, mfcz.cz, 12.12.2018.

## Asymmetrie und Differenz

Bei aller Interessenkonvergenz bleibt eine Asymmetrie zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik bestehen, die immer wieder Ursache von Divergenzen ist. Besonders groß ist der Unterschied im wirtschaftlichen Bereich: Deutschland hat mit 80 Millionen Menschen nicht nur die achtfache Bevölkerung Tschechiens mit zehn Millionen, sondern das nominale BIP Deutschlands ist sogar 15,6-mal größer als das der Tschechischen Republik. Das BIP pro Kopf in Tschechien hat sich zwar angenähert - 1993 lag es zu laufenden Preisen bei nur 22 Prozent des Niveaus der BRD. Doch im Jahr 2019 lag es immer noch bei lediglich 50,7 Prozent.<sup>4</sup>

Nicht ganz unwichtig, aber eindeutig weniger relevant ist die militärische Asymmetrie. Die Bundeswehr zählt sieben Mal so viele Soldaten wie die tschechische Armee.<sup>5</sup> Die reale Bedeutung militärischer Macht ist stark eingeschränkt, weil sie in den Beziehungen zwischen den EU-Staaten keine Rolle spielt. Zudem ist Deutschland auch äußerst zurückhaltend bei der Beteiligung an internationalen Truppeneinsätzen. Die Bereitschaft sich mit einem eigenen Kontingent an solchen Operationen im NATO-Rahmen zu beteiligen, ist in Prag sogar größer als in Berlin.

Von viel größerer Bedeutung ist das erhebliche politische Gewicht Deutschlands, das sich nicht unmittelbar und alleine aus den klassischen Machtfaktoren wie militärischer und ökonomischer Stärke herleiten lässt. Eine gewisse Rolle spielt das Ansehen, das ein Land durch das Auftreten seiner Vertreter auf der internationalen Bühne gewinnt oder verliert. Tschechien profitierte in den 1990er Jahren von der Anerkennung, die Präsident Václav Havel wegen seines Wirkens vor 1989 und während der Samtenen Revolution gezollt wurde. Seine Nachfolger, der von 2003 bis 2013 amtierende Václav Klaus und der seit 2013 amtierende Präsident Miloš Zeman, erweckten oft den Eindruck, dass Moskau oder Peking ihnen wichtiger und näher sind als Brüssel. Dies hat Tschechien in Berlin, Brüssel und Washington geschadet und im Verhältnis zu Russland und China nichts gebracht.

Wichtiger noch als das Auftreten einzelner Personen ist für das politische Gewicht die institutionelle Kapazität. Hier ist Deutschland Tschechien eindeutig überlegen. Berlin unterhält einen der größten und am besten qualifizierten Beamtenapparate unter allen EU-Staaten, auf nationaler wie auf Ebene der Bundesländer. Dieser ist in der Lage, die politischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in der EU effektiv einzubringen. Die tschechische Verwaltung musste sich die notwendigen Kompetenzen erst aneignen und wurde dabei nicht selten durch eine ausgeprägte Skepsis gegenüber der Europäischen Union behindert, die in Teilen des politischen Spektrums bereits in den 2000er Jahren bestand und die sich in den vergangenen zehn Jahren weiter ausgebreitet hat.

Dies verweist auf Unterschiede, Differenzen und Konflikte. Einige von ihnen sind im Laufe der vergangenen 30 Jahre in den Hintergrund getreten, anderen überhaupt erst in den letzten Jahren aufgekommen. Ein zentrales Feld der tschechisch-deutschen Beziehungen war während der 1990er und auch noch in den 2000er Jahren das Verhältnis zur Vergangenheit. Die deutsche Politik betrachtete in aller Regel den Umgang mit den

<sup>4</sup> In Kaufkraftparitäten statt zu laufenden Preisen gerechnet zeigt sich in etwas anderes Bild: ein Anstieg von 55 Prozent im Jahr 1993 auf 78 Prozent im Jahr 2020. <<https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.PP.CD?locations=DE-CZ>>.

<sup>5</sup> The World Factbook CIA 2021, <[www.cia.gov/the-world-factbook/](http://www.cia.gov/the-world-factbook/)>.

nationalsozialistischen Verbrechen als rechtliche und moralische Frage, auf die mit Gesten der Versöhnung und einer – eher symbolischen – Entschädigung zu antworten ist. Für die tschechische Seite hingegen handelte es sich um eine eminent politische und hochaktuelle Frage. Die Tschechen haben die existentielle Erfahrung der Vernichtung ihrer Staatlichkeit und der Bedrohung ihres Daseins als Nation gemacht. Entsprechend hatte das Thema in Tschechien großes Mobilisierungspotential. Dies wurde in Berlin oft unterschätzt, so dass man die Beziehungen zu Tschechien im Allgemeinen und in dieser Frage im Besonderen in einem für bilaterale Vergangenheitsbewältigung vorgesehenen Nebenzimmer statt auf der Hauptbühne der Europapolitik behandelte.

Ein ähnliches Gewicht wie die tschechische Gesellschaft maß dem Thema Vergangenheit in Deutschland nur die vertriebenen Sudetendeutschen und ihre Nachkommen bei. Unter den vielen Stimmen aus diesem Kreis wurde in Tschechien vor allem die *Sudetendeutsche Landsmannschaft* wahrgenommen, die in der Tat die einflussreichste Organisation der Sudetendeutschen mit politischen Förderern vor allem in Bayern war. Da deren Thema die Vertreibungen, kaum jedoch die nationalsozialistischen Verbrechen waren, führte dies zu einer sudetendeutsch-tschechischen Opferkonkurrenz, bei der Berlin nicht gleichwertiges Gegenüber Prags war, sondern eher Schiedsrichter, um dessen Ohr die beiden Gruppen rangen.

Dieses Thema ist seit Anfang der 2010er Jahre in den Hintergrund getreten. Viel wichtiger sind heute Strukturunterschiede der politischen Kultur, die mit den historischen Erfahrungen zu tun haben, jedoch nicht in das Themenfeld Vergangenheitspolitik fallen und nicht durch ein asymmetrisches Beziehungsmuster gekennzeichnet sind. Es geht um die Vorstellungen zur Rolle des Nationalstaats und um den tatsächlichen wie den erstrebenswerten Charakter der internationalen Beziehungen in Europa.

In Deutschland beruht der Multilateralismus auf einem sehr breiten politischen Konsens und ist institutionell fest verankert.<sup>6</sup> Lediglich die *Linkspartei* stellt die Mitgliedschaft in der NATO in Frage, und mit der *Alternative für Deutschland* (AfD) ist eine Partei aufgetaucht, die zumindest rhetorisch aus der Opposition die Mitgliedschaft in der Europäischen Union kritisiert. In Tschechien werden der multilaterale Ansatz und die Westbindung ebenfalls von den Vertretern des außenpolitischen Mainstreams geteilt. Gesamtgesellschaftlich ist das historisch-geopolitische Selbstverständnis allerdings weniger gefestigt als in Deutschland, der Kreis der politischen Kräfte, die ein Unbehagen in den multilateralen westlichen Institutionen empfinden und teils offen einen Austritt fordern, ist größer. Am linken Rand des politischen Spektrums war mit der *Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens* stets eine Kraft im Parlament vertreten, die die NATO- und lange Zeit auch die EU-Mitgliedschaft ablehnte. Im rechten politischen Spektrum war EU-Skepsis mit einem strengen Atlantizismus verbunden. Das schwindende Engagement der USA in Europa und die verschiedenen Krisen der vergangenen zehn Jahre haben dazu geführt, dass in Teilen des rechten sowie des linken Spektrums – einschließlich Teile der Partei ANO von Ministerpräsident Babiš - Russland und China als attraktive Partner oder gar als neue Schutzmächte gehandelt werden.<sup>7</sup>

<sup>6</sup> Adrian Hyde-Price, Charlie Jeffery: Germany in the European Union. Constructing Normality, in: *Journal of Common Market Studies*, 4/2000, S. 689–717, hier S. 690.

<sup>7</sup> Siehe dazu den Beitrag von Ondřej Ditrych in diesem Band, S. 219–234. - Vít Hloušek, Petr Kaniok: Europe forever? Czech political parties on the orientation of Czech foreign policy, in: *East European Politics*, 2021, <<https://doi.org/10.1080/21599165.2020.1855424>>. - Volker Weichsel: *Tschechien in Europa. Nationalpolitische Traditionen und integrationspolitische Konzepte*, Berlin 2007.

Dies hat gelegentlich Irritationen im deutsch-tschechischen Verhältnis zur Folge.<sup>8</sup> Berlin musste erst lernen, zwischen den Positionen des Präsidenten (Václav Klaus in den 2000er Jahren Miloš Zeman seit 2013) und denen der Regierung, die die Leitlinien der Innen- und Außenpolitik definiert, zu unterscheiden. Die Regierungen in Berlin und Prag haben zudem erkannt, dass es jenseits der gut funktionierenden alltäglichen grenzüberschreitenden, bilateralen und multilateralen Kooperation eines institutionalisierten Forums zur Verständigung über Grundsatzpositionen bedarf und haben dazu im Jahr 2015 einen sogenannten Strategischen Dialog eingerichtet.<sup>9</sup> In Teilen der deutschen Öffentlichkeit hat sich jedoch seit dem Streit über die Migrations- und Flüchtlingspolitik der EU ein Tschechienbild festgesetzt, das der Pluralität der in Prag vertretenen Positionen und den Machtverhältnissen nicht entspricht, sondern eher von den Verhältnissen in Ungarn und Polen abgeleitet ist.<sup>10</sup>

### Mit der Vergangenheit leben, nicht in ihr

In den 1990er Jahren waren die deutsch-tschechischen Beziehungen stark von der Aufarbeitung der Vergangenheit geprägt. Beide Seiten waren daran interessiert, hatten jedoch unterschiedliche Vorstellungen, was dies bedeuten soll und nahmen daher das Münchner Abkommen und die Dekrete des tschechoslowakischen Nachkriegspräsidenten Edvard Beneš unterschiedlich wahr. Die tschechische Seite behandelte die Fragen der Vergangenheit als hochpolitisches, ja existenzielles Problem, die deutsche Seite eher als eine rein moralische Frage. Prag strebte einen expliziten Schlussstrich an, etwa durch die vertragliche Annullierung von Restitutionsforderungen beider Seiten oder durch eine Erklärung, in der das Münchner Abkommen für nichtig *ex tunc* erklärt wird. Die deutsche Seite hingegen wollte die Vergangenheit überhaupt nicht juristisch behandeln. Sie setzte auf symbolische Gesten der Anerkennung von Schuld, wollte aber grundsätzlich die Beziehungen in die Zukunft lenken.

Als sich Václav Havel 1990 für die Vertreibung der Sudetendeutschen entschuldigte und die neue tschechoslowakische Führung die deutsche Wiedervereinigung bedingungslos unterstützte, sah Prag dies als Investition in die Zukunft der Beziehungen zu Deutschland.<sup>11</sup> Es stellte sich jedoch heraus, dass große Teile der sudetendeutschen Gemeinschaft noch weniger auf die neue Zeit vorbereitet waren als die tschechische Gesellschaft, die vierzig Jahre kommunistische Diktatur hinter sich hatte. Die *Sudetendeutsche Landsmannschaft* (SL) nutzte Havels Geste nicht, um symmetrisch zu reagieren. Im Gegenteil, sie beharrte

<sup>8</sup> Jakub Eberle, Vladimír Handl, Kai-Olaf Lang: Prag und Berlin: Europa pragmatisch zusammenhalten. Deutsch-tschechische Kooperation in Zeiten der Corona-Krise. SWP-Aktuell. 60/2020. – Dies.: Berlin-Prag: Entfremdung vermeiden – Chancen ergreifen. Für eine europapolitische Einbettung der deutsch-tschechischen Beziehungen. SWP-Aktuell. 75/2017.

<sup>9</sup> Gemeinsame Erklärung zum Strategischen Dialog vom 3. Juli 2015: <<https://prag.diplo.de/blob/1100172/a13c38d4386954dd5147e81c9dc0b510/downloaddatei-stratdialog-erklaerung-de-data.pdf>>. – Zum Arbeitsprogramm für die Jahre 2019–2021 <[www.mzv.cz/public/78/e7/5a/3728391\\_2240812\\_Arbeitsprogramm\\_2019\\_2021.pdf](http://www.mzv.cz/public/78/e7/5a/3728391_2240812_Arbeitsprogramm_2019_2021.pdf)>.

<sup>10</sup> Exemplarisch: Claus Leggewie, Ireneusz Paweł Karolewski: Die Visegrád-Connection. Eine Herausforderung für Europa. Berlin 2021.

<sup>11</sup> Miroslav Kunštát: Die Wiedervereinigung Deutschlands und die tschechoslowakische Außenpolitik, in: Die Tschechoslowakei, in: Buchheim, Ivaničková, Kaiserová, Zimmermann (Hg.): Die Tschechoslowakei [Fn. 1], S. 201–217.

auf ihrer Formel vom „Recht auf Heimat“ und blieb unverändert bei ihrer Forderung nach vollständiger Restitution oder Entschädigung, als sei mit dem Ende des Kalten Kriegs endlich die Gelegenheit gekommen, ihr altes Programm zu erfüllen.<sup>12</sup> Erst im Jahr 2015 gab die *Sudetendeutsche Landsmannschaft* formal mit einer Änderung ihrer Satzung diese diffusen Forderungen auf.<sup>13</sup>

Die *Sudetendeutsche Landsmannschaft* repräsentierte keineswegs alle Sudetendeutschen, geschweige denn die deutsche Gesellschaft. Je weniger Aufmerksamkeit letztere allerdings dem Thema schenkte, desto größer war der politische Einfluss der SL. Dies galt vor allem für Bayern, wo die CSU im Kampf um die absolute Mehrheit auf die Mobilisierung der sudetendeutschen Wähler setzte. Dies war der Grund, warum es in der Tschechischen Republik Kräften am rechten und linken Rand des politischen Spektrums gelang, sich mit diesem Thema zu profilieren und ihrerseits Wähler bis weit in die politische Mitte hinein zu mobilisieren. Die Angst vor deutschem Revanchismus war nicht überwunden.<sup>14</sup>



München, 2. Januar 1990: Max Streibl, Helmut Kohl, Václav Havel, Richard von Weizsäcker, Mária Čalfa, Hans-Dietrich Genscher, Jiří Dienstbier. © Daniel Biskup

<sup>12</sup> Der SL-Fachausschuss für Vermögensfragen griff die Vermögensansprüche in Form und Wortlaut des Beschlusses der SL-Bundesversammlung vom 28. Januar 1978 im Dokument „Rechtsverwahrung zur Aufrechterhaltung der Vermögensansprüche der Sudetendeutschen“ wörtlich auf. Sudetendeutsches Eigentum wird nicht preisgegeben, in: Sudetendeutsche Zeitung, 25.1.1991, S. 1.

<sup>13</sup> Die aktuelle Formulierung beinhaltet z.B. nicht mehr die Forderung nach Rückgabe oder Entschädigung von sudetendeutschem Eigentum. Satzung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bundesverband e.V. <[https://daten2.verwaltungsportal.de/dateien/seitengenerator/b6af82570af6b77bc18e8e0792bca57a128603/satzung\\_internet2.pdf](https://daten2.verwaltungsportal.de/dateien/seitengenerator/b6af82570af6b77bc18e8e0792bca57a128603/satzung_internet2.pdf)>.

<sup>14</sup> Ferdinand Seibt: Deutschland und die Tschechen. Geschichte einer Nachbarschaft in Mitteleuropa. München 1993, S. 404.

Die Folgen dieser Konstellation zeigten sich bei den Verhandlungen über den deutsch-tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrag von 1992. Präsident Havel hatte in einem Brief an den deutschen Bundeskanzler Kohl im Mai 1991 vorgeschlagen, dass interessierte Sudetendeutsche zusätzlich zur deutschen auch die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft erlangen und sich dann an der Privatisierung beteiligen könnten. Im Gegenzug verlangte Havel die Annullierung des Münchner Abkommens *ex tunc* und die Streichung der tschechoslowakischen Schulden, die mit der deutschen Einheit von der DDR auf die Bundesrepublik übergegangen waren.<sup>15</sup> Doch der deutsche Unterhändler, Botschafter Wilhelm Höynk, war über diesen Vorschlag gar nicht informiert.<sup>16</sup> Der Vertrag vom 27. Februar 1992 ließ daher sehr viele Vergangenheitsfragen offen. Allerdings ließ sich Prag darauf ein, dass in der Präambel erstmals der Begriff „Vertreibung“ (*vyhnání*) verwendet wurde, nachdem die Tschechoslowakei Jahrzehnte darauf beharrt hatte, dass die Ereignisse der Nachkriegszeit als „Abschiebung“ (*odsun*) zu bezeichnen sind. Im Gegenzug bestätigte der Vertrag die Kontinuität der tschechoslowakischen Staatlichkeit seit 1918.<sup>17</sup> Mit der Forderung, das Münchner Abkommen von 1938 solle *ex tunc* für nichtig erklärt werden, setzte sich die Tschechoslowakei nicht durch. Vielmehr bestätigte der Vertrag die Formel des Prager Vertrags von 1973 (Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik), dem letzten der von der Regierung unter Willy Brandt geschlossenen sechs Ostverträge, in dem die Rechtskraft des Abkommens nachträglich für nichtig erklärt worden war. Gleichwohl verweigerte die bayerische Landesregierung dem Vertrag von 1992 die Zustimmung, so wie sie 1973 den Prager Vertrag abgelehnt hatte.

Ein Durchbruch war erst zu erzielen, als Helmut Kohl diese Frage zur Chefsache erklärte. Er hatte erkannt, dass eine schlagkräftige Interessengruppe einer desinteressierten Mehrheit gegenüberstand, die daraus resultierende Blockade im bilateralen Verhältnis zu Prag, nicht zuletzt das schwindende Vertrauen Havels, jedoch den übergeordneten europapolitischen Interessen Deutschlands zuwiderlief. Diese Einsicht machte nach vielem Taktieren die Verabschiedung der Tschechisch-deutschen Erklärung vom Januar 1997 möglich.<sup>18</sup> Bei dieser handelt sich nicht um einen völkerrechtlichen Vertrag und in ihr heißt es ausdrücklich, dass beide Parteien an ihren Rechtsauffassungen festhalten. Jedoch verpflichteten sich beide Seiten dazu, „daß sie ihre Beziehungen nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen belasten werden.“<sup>19</sup> Gleichwohl protestierte die *Sudetendeutsche Landsmannschaft* erneut gegen das Dokument, dessen Kompromisse sie nicht akzeptieren wollte.<sup>20</sup>

<sup>15</sup> Jiří Dienstbier: *Od snění k realitě. Vzpomínky z let 1989-1999*. Praha 1999.

<sup>16</sup> Persönliches Gespräch des Autors mit Botschafter Wilhelm Höynk im März 2012.

<sup>17</sup> Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, 27. Februar 1992, <<https://prag.diplo.de/cz-de/themen/politik/seite-text-nachbarschaftsvertrag/1126986>>.

<sup>18</sup> Deutsch-Tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung vom 21. Januar 1997. <[www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/havel/havel2-244732](http://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/havel/havel2-244732)>.

<sup>19</sup> Deutsch-Tschechische Erklärung, Artikel IV.

<sup>20</sup> Erklärung der Sudetendeutschen Landsmannschaft und des Sudetendeutschen Rates zur veröffentlichten Deutsch-tschechischen Erklärung, 12.12.1996, in: Fritz Peter Habel: *Dokumente zur Sudektenfrage*. Unveröffentlichte Geschichte. München <sup>5</sup>2003, S.1064–1065.



Zukunftsweisend wurde die Erklärung vor allem durch die in ihr vorgesehene Gründung eines tschechisch-deutschen Zukunftsfonds. Vorgesehen zunächst für zehn Jahre – und seitdem bereits zwei Mal verlängert – wurde dieser zur wichtigsten bilateralen Einrichtung der deutsch-tschechischen Beziehungen. Über den Zukunftsfonds wurde die symbolische Entschädigung tschechischer Opfer des NS-Terrors sowie tschechischer Zwangsarbeiter ermöglicht. Seit seiner Gründung hat der Fonds bis zum Jahr 2021 fast 12 000 Projekte mit insgesamt 65 Millionen Euro unterstützt.<sup>21</sup> Ausgehend von der gemeinsamen Erklärung wurde Ende 1997 unter der Schirmherrschaft der Regierungen auch ein Tschechisch-Deutsches Gesprächsforum gegründet, mit dem die Bundesrepublik die Sudetendeutschen in den Dialog einbeziehen wollte. Diese Idee behagte der tschechischen Seite zunächst überhaupt nicht, nun war sie es, die sich ganz auf die Gegenwart konzentrieren wollte.

Angesichts der Vorbereitungen auf die Osterweiterung der Europäischen Union zeigten beide Seiten in den folgenden Jahren den Willen, sich an Geist und Buchstaben der Erklärung zu halten. Was 1992 noch nicht möglich gewesen war und 1997 einen mühsam erzielten Kompromiss darstellt, wurde – befördert durch eine günstige politische Konstellation mit sozialdemokratischen Regierungen in Prag wie in Berlin – zur Normalität. 1999 erklärte Bundeskanzler Schröder, dass die Bundesregierung die Eigentumsansprüche vertriebener Deutscher nicht unterstützen würde und Ministerpräsident Zeman distanzierte sich im gleichen Jahr von den Beneš-Dekreten, indem er sie als „erloschen“ bezeichnete.<sup>22</sup>

Das Vertrauen in Tschechien wuchs, was sich nicht zuletzt darin zeigte, dass sogar Havels Nachfolger Václav Klaus, der stets Rechtssicherheit statt Versöhnungsgesten gefordert hatte, bei seinem Amtsantritt als Präsident im Jahr 2003 erklärte:

Wir sollten in Tschechien und in Deutschland in der Lage sein zu sagen: So ist es gewesen, wir können die Vergangenheit nicht mehr ändern, aus heutiger Sicht waren das inakzeptable Taten.<sup>23</sup>

Selbstverständlich schloss Klaus damit weiter alle Formen der Restitution oder Entschädigung an die Sudetendeutsche aus („wir können die Vergangenheit nicht mehr ändern“). Doch die Tatsache, dass er die nationalsozialistischen Verbrechen und die Vertreibungen in einem Atemzug als „inakzeptable Taten“ bezeichnete, statt die Vertreibungen als natürliche Folge der vorausgegangenen Gewalt von deutscher Seite darzustellen, zeigt, welcher Wandel sich in einem Jahrzehnt vollzogen hatte.

Zwei Jahre später entschuldigte sich Ministerpräsident Jiří Paroubek (2005-2006) bei sudetendeutschen Antifaschisten und rückte deren Schicksal mit einer von der Regierung geförderten Wanderausstellung ins Bewusstsein der tschechischen Öffentlichkeit.<sup>24</sup> Im Jahr 2012 schickt Bundespräsident Joachim Gauck aus Anlass des 70. Jahrestags der Auslöschung der Dörfer Lidice und Ležáky einen Brief an Präsident Klaus, in dem er

<sup>21</sup> Deutsch-Tschechischer Zukunftsfond. Über uns. <[www.fondbudoucnosti.cz/de/uber-uns/uber-uns/grundung-des-zukunftsfonds-und-seine-finanzierung-1](http://www.fondbudoucnosti.cz/de/uber-uns/uber-uns/grundung-des-zukunftsfonds-und-seine-finanzierung-1)>.

<sup>22</sup> Bulletin „Zahraniční politika České republiky“, Data, 3/1999, S. 22.

<sup>23</sup> Bulletin „Zahraniční politika České republiky“, Data, 3/2003, S. 5, <[www.mzv.cz/public/db/11/10/23086\\_14945\\_Data3\\_2003.doc](http://www.mzv.cz/public/db/11/10/23086_14945_Data3_2003.doc)>.

<sup>24</sup> Vláda se omluvila německým antifašistům noviny online HN.IHNED.cz, 25.8.2005. <[www.ihned.cz/index.php?p=000000\\_print&article\[id\]=16707060&article\[area\\_id\]=15007935](http://www.ihned.cz/index.php?p=000000_print&article[id]=16707060&article[area_id]=15007935)>.

Betroffenheit und Scham ob der unbarmherzigen Verbrechen ausdrückte und den Männern Respekt zollte, die 1942 Hitlers Statthalter in Prag Reinhard Heydrich bei einem Attentat getötet hatten, was die Nationalsozialisten zu dem Racheakt in Lidice und Ležáky veranlasst hatte.<sup>25</sup> Gaucks Brief stieß in der tschechischen Öffentlichkeit auf ein sehr positives Echo, Präsident Klaus sprang über seinen Schatten und traf sich mit Gauck zu einer Gedenkveranstaltung in Lidice.

Ein wichtiges Kapitel der gemeinsamen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit war jedoch noch offen: das tschechisch-bayerische. Dieses Kapitel war besonders schwierig, da zum einen die Sudetendeutsche Landsmannschaft in München besonders viel Einfluss hat und zum anderen Prag darauf gepocht hatte, dass die Beziehungen auf Regierungsebene stattfinden werden und nicht asymmetrisch zwischen den tschechischen Staat und einem deutschen Bundesland.

Doch auch hier hatte die tschechisch-deutsche Erklärung von 1997 einen Prozess in Gang gesetzt, der einst Undenkbares möglich machte. Auf zwei wichtige, von Präsident Klaus kritisierte Pragbesuche des bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer in den Jahren 2010 und 2011 sowie gemeinsame Gedenkveranstaltungen in Lidice, Theresienstadt und Ústí nad Labem folgte im Jahr 2013 die erste Rede eines tschechischen Ministerpräsidenten vor dem Bayerischen Landtag, gehalten von Petr Nečas, dem Vorsitzenden der einst von Klaus gegründeten und geführten ODS.<sup>26</sup>

Damit ging die Zeit zu Ende, in der man in Prag mit der Vergangenheit Politik machen konnte. Noch im Jahr 2009 hatte Václav Klaus versucht, die Ratifizierung des Lissabon-Vertrags zu blockieren, indem er behauptete, dieser stelle die Gültigkeit der Beneš-Dekrete in Frage. Ein letztes Mal schaffte es Miloš Zeman im Jahr 2013 die Emotionen hochkochen zu lassen, als er vor der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen die Gefahr beschwor, dass sein Konkurrent Karel Schwarzenberg im Falle eines Sieges die Beneš-Dekrete in Fragen stellen und Eigentumsrestitutionsen ermöglichen würde.

Schon zu dieser Zeit ereignete sich jedoch etwas ganz anderes. Die tschechische Gesellschaft entdeckte die „Geschichte von unten“ und begann gemeinsam mit (sudeten)deutschen Vereinen mit einer eigenständigen, nicht politisierten, Aufarbeitung der Geschehnisse zwischen 1938 und 1946. Sie beteiligte sich nun - mit starkem Fokus auf das Lokale - an dem, was die Tschechisch-Deutsche Historikerkommission seit 1990 tut: an der Historisierung der Vergangenheit, ihrer wissenschaftlichen Erkundung und gesellschaftlichen Bewertung frei von politischer Instrumentalisierung.<sup>27</sup> Heute ist, wie nicht zuletzt der Besuch des deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier in Prag im August 2021 gezeigt hat, anders als im Verhältnis Deutschlands zu Polen oder zu Russland die Vergangenheit kein heikles oder offen umstrittenes Thema mehr. Vielmehr dient das gemeinsame Gedenken, das manche Beobachter für ritualisiert halten, der Überbrückung von Konflikten oder Sprachlosigkeit. Dass Steinmeier als erster hochrangiger deutscher Politiker die Männer würdigte, die 1942 das Attentat auf

<sup>25</sup> Jochim Gauck: Schreiben aus Anlass des 70. Jahrestages der Auslöschung der Dörfer Lidice und Ležáky, 8.6.2012, <[www.bundespraesident.de/SharedDocs/Berichte/DE/Joachim-Gauck/2012/06/120608-Gedenken-Lidice.html](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Berichte/DE/Joachim-Gauck/2012/06/120608-Gedenken-Lidice.html)>.

<sup>26</sup> Besuch von Ministerpräsident Petr Nečas am Donnerstag, 21. Februar 2013 im Bayerischen Landtag. <[www.bayern.landtag.de/www/bestsys/Tscheck\\_Premier.pdf](http://www.bayern.landtag.de/www/bestsys/Tscheck_Premier.pdf)>.

<sup>27</sup> Rudolf Vierhaus: „Historisierung“ als Gegenwartsbewältigung. Das deutsch-tschechische Verhältnis 1918–1989, in: Rudolf Vierhaus: Vergangenheit als Geschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert. Göttingen 2003, S. 481–491.

den stellvertretenden Reichsprotektor Reinhard Heydrich verübten, und in der Krypta der Kirche, in der sie sich vor ihren Verfolgern verborgen gehalten hatten, einen Kranz niederlegte, wurde ihm in Tschechien hoch angerechnet.

## Wirtschaftliche Verflechtung

Deutschland ist nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs innerhalb weniger Jahre zum wichtigsten Wirtschaftspartner der Tschechischen Republik geworden. Seit 1995 liegt der Anteil Deutschlands am Außenhandel der Tschechischen Republik unverändert bei rund 30 Prozent – knapp darüber bei den Exporten und rund fünf Prozent darunter bei den Importen.<sup>28</sup> Der Anteil Tschechiens am Außenhandel Deutschlands ist deutlich geringer. Allerdings ist er in den vergangenen drei Jahrzehnten stets gewachsen und hat sich von 1,65 Prozent im Jahr 1995 auf 3,7 Prozent im Jahr 2020 mehr als verdoppelt. Das Volumen des deutschen Handels mit Tschechien ist damit heute größer als das des deutschen Handels mit Russland.<sup>29</sup>

In vielen Sektoren waren Firmen aus Deutschland die ersten ausländischen Unternehmen, die in der Tschechoslowakei Filialen eröffneten. 1991 entfielen 80 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen in der Tschechoslowakei auf deutsche Unternehmen.<sup>30</sup> Dies löste in Tschechien immer wieder Angst vor einer deutschen Dominanz aus. Doch die Verhältnisse haben sich geändert: Aktuell liegt Deutschland mit 14,9 Prozent nach den Niederlanden und Luxemburg nur noch auf Platz drei der Rangliste der Länder mit dem größten Volumen an Auslandsinvestitionen in der Tschechischen Republik.<sup>31</sup> Bereits 1997 hatten Skeptiker anerkennen müssen, dass Deutschland die damalige Wirtschafts- und Währungs Krise in der Tschechischen Republik nicht ausnutzte, sondern die Bundesbank vielmehr ihre starke Position einsetzte, um den Fall der tschechischen Krone zu stoppen und die Lage in Tschechien zu stabilisieren.<sup>32</sup>

Von der engen wirtschaftlichen Verflechtung profitieren beide Seiten. Deutsche Unternehmen brachten Kapital und moderne Technologie nach Tschechien, dort angesiedelte Werke und in die Lieferketten integrierte tschechische Unternehmen tragen zum Erfolg deutscher Unternehmen auf dem Weltmarkt bei.

Allerdings ist dieses Modell auch in die Kritik geraten. Gemessen am kaufkraftgewichteten BIP pro Kopf ist Tschechien zwar weiter an den EU-Durchschnitt herangerückt als alle anderen ostmittel- und südosteuropäischen Staaten. Doch die entscheidende Wertschöpfung findet oft nicht bei den tschechischen Unternehmen statt und billige Arbeit ist weiter ein zentrales Element der Konkurrenzfähigkeit der tschechischen

<sup>28</sup> Ministerstvo průmyslu a obchodu: Teritoriální struktura pohybu zboží přes hranice ČR za leden-prosinec 2019, <[www.mpo.cz/cz/zahranicni-obchod/statistiky-zahranicniho-obchodu/zahranicni-obchod-1-12-2019--252686/](http://www.mpo.cz/cz/zahranicni-obchod/statistiky-zahranicniho-obchodu/zahranicni-obchod-1-12-2019--252686/)>.

<sup>29</sup> Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel (Jahr 2020) <[www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Tabellen/rangfolge-handelspartner.html](http://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Tabellen/rangfolge-handelspartner.html)>.

<sup>30</sup> Jiří Kosta: Československo-nemecké hospodárske vzťahy: vývoj-problémy-perspektívy, in: Mezinárodní vztahy, 3/1992, S. 37.

<sup>31</sup> Ausländische Direktinvestitionen – 2019. Tschechische Nationalbank 2020, <[www.cnb.cz/export/sites/cnb/cs/statistika/platbni\\_bilance\\_stat/publikace\\_pb/pzi/PZI\\_2019\\_CZ.pdf](http://www.cnb.cz/export/sites/cnb/cs/statistika/platbni_bilance_stat/publikace_pb/pzi/PZI_2019_CZ.pdf)>. – Zu berücksichtigen ist, dass die Investitionen aus den Niederlanden und aus Luxemburg von internationalen Konzernen mit Sitz in diesen beiden Staaten getätigt werden.

<sup>32</sup> Interview mit Boris Lazar, tschechischer Botschafter in Deutschland, Juli 1998, Berlin.

Volkswirtschaft: die Löhne in Tschechien liegen noch immer bei einem Drittel der in Deutschland gezahlten.<sup>33</sup> Dies ist der Hintergrund, warum manche von einer „verlängerten Werkbank“ oder einer „abhängigen Marktwirtschaft“ sprechen.<sup>34</sup> Feststeht, dass das Modell der engen deutsch-tschechischen Zusammenarbeit in der verarbeitenden Industrie, insbesondere im Automobilsektor, vor neuen Herausforderungen steht. Zum einen weil Tschechien größere Anteile der Wertschöpfung im eigenen Land sehen möchte und generell den Dienstleistungssektor gegenüber der Industrie stärken will.<sup>35</sup> Zum anderen, weil der technologische Umbruch im Automobilsektor – Stichwort E-Mobilität – einen Strukturwandel mit sich bringen wird, dessen Folgen auch für die deutsch-tschechische Arbeitsteilung noch nicht absehbar sind.

## Gemeinsam in NATO und EU: Annäherung und Abstand

Die Einbettung der tschechisch-deutschen Beziehungen in den Rahmen von NATO und EU war in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Umbruch von 1989 von enormer Bedeutung. Gerade in den 1990er Jahren schuf das Engagement Deutschlands für eine Aufnahme der ostmitteleuropäischen Staaten in das transatlantische Militärbündnis großes Vertrauen.<sup>36</sup>

Ähnliches gilt für die Osterweiterung der EU. Allerdings war Deutschland nicht nur Motor und Garant der Ausdehnung der „westeuropäischen Stabilitätszone“ nach Osten,<sup>37</sup> sondern verhandelte zugleich in konkreten Fragen der Beitrittsbedingungen hart. Das Beharren auf Übergangszeiten etwa, insbesondere in der Frage der Arbeitnehmerfreizügigkeit, wurde in Tschechien teilweise als engstirnige Interessenpolitik empfunden. Dies schmälerte die „politische Dividende“, die Deutschland aus dem Einsatz für die Osterweiterung ziehen konnte, und verstärkte in Prag den Eindruck, dass auch in der EU grundsätzlich nach den harten Regeln der internationalen Politik gefochten wird.

Zugleich schwächten sich nach der Osterweiterung der EU im Jahr 2004 – und im Zuge der abnehmenden Bedeutung der Vergangenheitsfragen – die politischen Beziehungen zwischen Prag und Berlin deutlich ab. Das Gros der Beziehungen verlagerte sich auf die

<sup>33</sup> Zuzana Lizcová, Hana Rydza: *Česko-německé vztahy v číslech*. Praha 2019 <[www.amo.cz/wp-content/uploads/2019/03/AMO\\_Cesko-nemecke-vztahy-v-cislech.pdf](http://www.amo.cz/wp-content/uploads/2019/03/AMO_Cesko-nemecke-vztahy-v-cislech.pdf)>, S. 87.

<sup>34</sup> Oldřich Krpec, Vladan Hodulák: *Contemporary Czech-German Economic Relations (2005–2015)*, in: Břetislav Dančák, Vít Hloušek (Hg.): *The Third Decade of Czech-German Relations*. Brno 2016, S. 104–142, hier S. 132. – Konrad Poplawski: *The Role of Central Europe in the German Economy: The Political Consequences*. Warszawa 2016. – Marie Bučková: *Česko-německý asymetrický vztah a jeho překonávání na příkladu hospodářské roviny spolupráce*. Masterarbeit, verteidigt an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Karls-Universität, 2019, S. 47–54.

<sup>35</sup> Siehe dazu den Beitrag von Petr Zahradník in diesem Band, S. 279–297.

<sup>36</sup> Vladimír Handl: *Germany and the Visegrad countries between dependence and asymmetric partnership?* Hamburg 2002 [Institut für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr. Studien zur internationalen Politik, Heft 3/2002].

Simon Bulmer, Charlie Jeffery, William E. Paterson: *Germany's European Diplomacy: Shaping the Regional Milieu*. Manchester 2001. – Peter Becker: *Die Deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union*. Baden-Baden 2011, S. 81. – Barbara Lippert: *Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union. Stabilitätsexport mit Risiken*, in: Barbara Lippert (Hg.): *Osterweiterung der Europäischen Union – die doppelte Reifepfung*. Bonn 2000, S. 105–164. – Martin Jerábek: *Deutschland und die Osterweiterung der Europäischen Union*. Wiesbaden 2010, S. 329–331.

multilaterale Brüsseler Ebene, auf die regionale und lokale Ebene, auf die Ebene sektoraler Zusammenarbeit von Behörden, sowie auf die Ebene der Gesellschaft.

In der „großen“ Politik übte Deutschland eine gewisse Zurückhaltung gegenüber der Tschechischen Republik. Berlin vermied es – mit Ausnahme von Polen –, exklusive Beziehungen zu den Ländern Ostmitteleuropas aufzubauen. Auf der tschechischen Seite gingen zugleich mit dem Beitritt zu NATO und EU die Zeiten des großen, fast alle Parteien umfassenden Konsenses über die Außenpolitik zu Ende. Mit jedem Jahr wurde die Europapolitik zum Gegenstand immer heftigerer innenpolitischer Debatten. Dies gipfelte im Jahr 2015 mit einer Abwehrhaltung gegenüber „der Migrationspolitik“ – in Wahrheit ging es um eine Detailfrage der Migrationspolitik - der EU, die von einem fast ebenso breiten parteiübergreifenden Konsens getragen wurde wie in den 1990er Jahren das Ziel des EU-Beitritts. Als Hauptverursacher dieser Politik – des Beschlusses zur Entlastung Griechenlands und Italiens durch verpflichtende Übernahme einer kleineren Anzahl von Flüchtlingen – galt in Tschechien wie überall in Ostmitteleuropa Deutschland. Allerdings hatten sich Differenzen bereits in den 2000er Jahren und nicht nur in Sachen EU angedeutet, sondern gerade auch in sicherheitspolitischen Fragen. Tschechien unterstützte im Jahr 2003 im Gegensatz zu Deutschland – wenn auch mit viel größerer Zurückhaltung als etwa Polen – die US-amerikanische Intervention im Irak. Und auch in der Frage der Errichtung von Anlagen eines Raketenabwehrschirms der USA in Europa vertraten Berlin und Prag unterschiedliche Positionen. Die tschechische Regierung wollte eine Komponente der Raketenabwehr im eigenen Land installiert sehen, Deutschland fürchtete, Russland könne sich provoziert fühlen. Allerdings waren weder in Deutschland noch in Tschechien die Positionen einheitlich, gerade in Tschechien gab es starke Opposition gegen diese Pläne.<sup>38</sup>

In der Europäischen Union bewegten sich Deutschland und die Tschechische Republik nach der Verabschiedung des Vertrags von Lissabon Ende 2007, der den gescheiterten Verfassungsvertrag ersetzte, in wichtigen Fragen in eine ähnliche Richtung: Beide Länder agierten als „gesättigte Staaten“, die es vorzogen, den Status quo zu erhalten. Das von Kanzlerin Angela Merkel verkündete „Unionsprinzip“ bedeutete faktisch eine Stärkung der Mitgliedstaaten und eine Schwächung der supranationalen Organe, insbesondere der Europäischen Kommission. Dies entsprach den Vorstellungen der Mehrheitsströmung in der tschechischen Europapolitik. Hinzu kam die tschechische EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2009, die Deutschland stark unterstützte. Bundeskanzlerin Merkel lud mehrfach Tschechien in seiner Funktion als Ratspräsident zu wichtigen Gipfeln ein, zu denen es normalerweise nicht Zugang gehabt hätte, so zum Nahost-Gipfel in Sharm el-Sheikh und zum G20-Treffen in London. Merkel war auch die einzige Regierungschefin eines großen Landes, die im Mai am Eröffnungsgipfel für das Programm der Östlichen Partnerschaft in Prag teilnahm. Als jedoch die Prager Regierung während der Ratspräsidentschaft stürzte, geriet die tschechische Politik in schlechtes Licht.

In zahlreichen Politikfeldern der EU stellte sich zugleich eine routinierte Praxis ein, die vor allem dadurch geprägt war, dass Deutschland und Tschechien in vielen Fragen eine ähnliche Position vertreten. Insbesondere in den Bereichen Justiz und Inneres, Industrie und Handel deckten sich die Interessen häufig. Doch auch dort, wo Prag andere Positionen vertrat und sich gegen deutsche Bestrebungen zu einer Teilharmonisierung von Steuern in der EU wehrte, für eine liberale Formulierung der Dienstleistungsrichtlinie einsetzte oder gemeinsam mit den anderen Visegrád-Staaten auf eine Aufhebung der

<sup>38</sup> Siehe dazu den Beitrag von Ondřej Ditrych in diesem Band, S. 219-234.

Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit pochte, führte dies nicht zu Verwerfungen im Verhältnis zu Deutschland.<sup>39</sup>

Das Nebeneinander von sachpolitischer Nähe bei gleichzeitigen Differenzen über die Grundlagen der europäischen Integration zeigte sich während der Eurokrise ab 2010. Die Tschechische Republik unterstützte die Bemühungen der Bundesregierung um die Durchsetzung von fiskalischer Disziplin, einschließlich der Einführung einer „Schuldenbremse“ durch alle Mitgliedstaaten der Eurozone. Merkel deutete an, sie sähe Tschechien gerne „im Klub“ – in der Eurozone – wo Prag zu den Partnern gehören würde, mit denen Deutschland gemeinsam die Währung stabilisieren und andere Eurostaaten von der Notwendigkeit haushaltspolitischer Disziplin überzeugen könnte.<sup>40</sup> Die *Demokratische Bürgerpartei*, die mit Petr Nečas den Ministerpräsidenten stellte, tat jedoch das Gegenteil. Bereits 2009 war sie aus der *Europäischen Volkspartei* ausgetreten und dem integrations skeptischen Bündnis *Europäische Konservative und Reformer* beigetreten. Nun schottete Nečas Tschechien von der Eurozone ab und vertrat ausgerechnet in einer Frage, in der es keinen Dissens mit Deutschland gab, das Modell einer „variablen Geometrie“: Jeder Mitgliedstaat solle in jedem einzelnen Politikfeld wählen können, wo er sich an der Vergemeinschaftung der Politik beteiligt – Tschechien vertrat damit die Idee eines Europas à la carte.<sup>41</sup>

Zu einer tiefen Verwerfung führten die Ereignisse des Jahres 2015. Als Hunderttausende Menschen vor allem aus Syrien, aber auch aus anderen Kriegs- und Elendsgebieten über den Balkan Richtung EU zogen, erklärte Angela Merkel: „Wir schaffen das“. Gemeint war vor allem die deutsche Gesellschaft, aber auch die Europäische Union. Der tschechische Ministerpräsident Miloš Zeman sagte hingegen stellvertretend für viele in Tschechien: „Niemand hat euch hierher eingeladen“,<sup>42</sup> „Dieses Land gehört uns.“<sup>43</sup> Die Flüchtlingsbewegung stellte er als „organisierte Invasion“ dar. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Bohuslav Sobotka äußerte sich vorsichtiger, sah jedoch in der Sache ebenfalls eine Verantwortung und eine Fehlentscheidung Deutschlands. Er erklärte, „nationale Maßnahmen, die nicht koordiniert sind, werden nur zum Zerfall der gemeinsamen Migrationspolitik führen“ und warb für eine „europäische Lösung“.<sup>44</sup> Unter „europäischer Lösung“ verstand er nicht gemeinsame europäische Hilfe für die Flüchtlinge, sondern eine von allen europäischen Staaten mitgetragene rigide Abschottung. Populistischer im Ton, ähnlich in der Sache äußerte sich der stellvertretende Ministerpräsident Andrej Babiš: „Mama Merkel hat diese Leute eingeladen, dann soll sie sie jetzt auch übernehmen“.<sup>45</sup>

<sup>39</sup> Vojtěch Belling: Czech-German Relations in the European Union, in: Dančák, Hloušek, The Third Decade of Czech-German Relations [Fn. 34], S. 76-103, hier S. 100.

<sup>40</sup> Berlin: Německo Čechy ani nikoho jiného do eurozóny netlačí. Česká tisková kancelář, 12. Dezember 2010.

<sup>41</sup> Petr Nečas: Máme „luxus“ svobodné volby. Lidové noviny, 2.2.2012. - Vít Beneš, Mats Braun: Evropský rozměr české zahraniční politiky, in: Michal Kořan, Ondřej Ditrych: Česká zahraniční politika v roce 2011. Praha 2012, S. 57, S. 59. – Siehe auch den Beitrag von Zdeněk Sychra in diesem Band, S. 205-218.

<sup>42</sup> Nikdo Vás sem nezval, vzkázal Zeman uprchlíkům. Blesk, 2.8.2015.

<sup>43</sup> Prezidentovo poselství: Tahle zem je naše, není pro všechny. TV Nova, 26.12.2015,

<sup>44</sup> Poslanecká sněmovna PČR: Vystoupení premiéra B. Sobotky na 31. schůzi Poslanecké sněmovny. 15.9.2015. Těsnopisecká zpráva o schůzi. <[www.psp.cz/eknih/2013ps/tesnopis/tz031.pdf](http://www.psp.cz/eknih/2013ps/tesnopis/tz031.pdf)>, S. 73.

<sup>45</sup> The Czech Donald Trump. Politico.eu, 29.10.2015, <[www.politico.eu/article/babis-czech-sobotka-politics-trump-berlusconi](http://www.politico.eu/article/babis-czech-sobotka-politics-trump-berlusconi)>.



*Pragmatismus bis zur Schmerzgrenze. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsident Andrej Babiš im Oktober 2018 in Prag*



*Kooperation als Routine: deutsch-tschechisches Arbeitstreffen im Januar 2019*

Dieselbe Position vertraten die anderen Visegrád-Staaten, und Prag gab für eine Weile die Zurückhaltung auf, die es zuvor walten ließ, wenn Warschau oder Budapest versuchten, die Gruppe für ihre Interessen zu instrumentalisieren und gegen Brüssel oder Berlin in Stellung zu bringen. Dies führte zu einer erheblichen Abkühlung in den tschechisch-deutschen Beziehungen auf offizieller wie auf gesellschaftlicher Ebene.<sup>46</sup> Da Berlin jedoch rasch einen Kurswechsel vollzog oder unter neuen Vorzeichen zu der nur für einen kurzen Augenblick ausgesetzten Politik der Abschottung zurückkehrte, dominiert heute bei der multilateralen Kooperation in der EU auch in der Frage der Grenz- und Migrationspolitik wieder deutsch-tschechischer Konsens. Gemeinsam setzen Berlin und Prag auf die Abwehr von Flüchtlingen und Migranten („Schutz der Außengrenze“) und die Beseitigung von Fluchtursachen. Eine dieser Missionen, der Einsatz in Afghanistan, ist allerdings in einem Desaster geendet. Der von Frankreich geführten Mission in Mali, die den gleichen Zweck verfolgt und in der tschechische Soldaten unter deutschem Kommando im Rahmen der EUTM-Ausbildungsmission im Einsatz sind, droht das gleiche Ende.

Ein weiteres Beispiel für die zumindest formal funktionierende deutsch-tschechische sicherheitspolitische Kooperation im multilateralen Rahmen ist der seit 2016 währende Einsatz tschechischer Soldaten in einem von Deutschland geführten Bataillon der NATO-Mission „Enhanced Forward Presence“ in Litauen. Noch weiter reicht die Vertiefung der militärischen Zusammenarbeit im Rahmen des *Framework Nation Concept*, das Deutschland in die NATO eingebracht hat.<sup>47</sup> Im Februar 2017 wurde beschlossen, die 4. Schnelle Einsatzbrigade der tschechischen Streitkräfte an die 10. Panzerdivision der Bundeswehr anzugliedern, um die Anstrengungen der EU und der NATO zu bündeln.<sup>48</sup> Seitdem finden gemeinsame Übungen auf der Ebene der Brigade- und Bataillonsstäbe statt. Ziel ist es, die gemeinsame Einsatzfähigkeit von Einheiten der zweiten Staffel zu erhöhen und so das Abschreckungspotenzial der NATO zu erhöhen.<sup>49</sup> Eine solche gemeinsame tschechisch-deutsche Sicht wäre noch vor wenigen Jahren nicht möglich gewesen. Erst die Annexion der Krim durch Russland und die Beteiligung Moskaus am Krieg im Donbass hat in Deutschland zu einem Umdenken geführt und so dass sich die Positionen angenähert haben.

Und auch in der EU sind sich die beiden Staaten sicherheitspolitisch näher gekommen. Hier hat ein Umdenken in Tschechien stattgefunden: Der langsame Rückzug USA aus Europa hat die Position der strikten Atlantiker geschwächt, so dass Prag aufgeschlossener für den Aufbau einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik geworden ist.<sup>50</sup> Im Rahmen der Verteidigungsinitiative für die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit der EU (PESCO) beteiligt sich Tschechien an drei von Deutschland geleiteten

<sup>46</sup> Belling, *Czech-German Relations* [Fn. 39], S. 101.

<sup>47</sup> Zdeněk Kříž, Jana Urbanovská: *The Security Dimension of Czech-German Co-operation*, in: Dančák, Hloušek, *Towards Partnership*, S. 178–212, hier S. 193–194.

<sup>48</sup> Absichtserklärung des Verteidigungsministeriums der Tschechischen Republik und des Bundesministeriums der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland zur Angliederung der 4. (CZE) Rapid Deployment Brigade an die 10. (DEU) Panzerdivision im Rahmen der Bündnisinitiative *Framework Nations Concept (FNC)*. <[www.mocr.army.cz/assets/informacni-servis/zpravodajstvi/dohoda-cr-srn-original.pdf](http://www.mocr.army.cz/assets/informacni-servis/zpravodajstvi/dohoda-cr-srn-original.pdf)>.

<sup>49</sup> Martin Svárovský: *Möglichkeiten einer deutsch-polnisch-tschechischen Zusammenarbeit*, in: *Polen-Analysen*, 276/2021, S. 7–8>.

<sup>50</sup> Ondřej Ditrych: *Česká republika a evropská spolupráce v oblasti obrany*, in: Alica Kizeková et al.: *České zájmy v roce 2019. Analýzy des Verteidigungsministeriums*, 28–39, hier S. 30.



Projekten, Deutschland am einzigen von Tschechien geleiteten Projekt, und zudem beteiligten sind beide Länder an drei weiteren Projekten.<sup>51</sup>

## Felder der bilateralen Zusammenarbeit

In 30 Jahren offener Grenzen und guter Nachbarschaft haben Deutschland und Tschechien in zahlreichen Feldern eine kontinuierliche und institutionalisierte bilaterale Zusammenarbeit etabliert. Auf den Vertrag vom Februar 1992 folgten über hundert weitere bilaterale Abkommen. Die tschechisch-deutschen Beziehungen haben sich in vielen Bereichen entpolitisiert und dezentralisiert. In den an der gemeinsamen Grenze gelegenen Bundesländern und Landkreisen bzw. Bezirken und Kreisen sind die Beziehungen zur anderen Seite Teil der inneren Entwicklung.

Im Rahmen dieser entpolitisierten Beziehungen geht es sowohl um den Austausch über zentrale Fragen wie Soziales, Sicherheit oder Umweltschutz, als auch um sehr konkrete Kooperation, etwa die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Rettungsdienste. Ein Rahmenabkommen, das den Einsatz von Rettungsdiensten aus beiden Ländern auf der anderen Seite der Grenze ermöglicht, wurde 2014 verabschiedet.<sup>52</sup> Das Beispiel zeigt jedoch auch, dass unzureichende Sprachkenntnisse und andere Hindernisse eine Umsetzung solcher Abkommen in der Praxis oft erschweren.

Überwunden wurden solche Barrieren bei der polizeilichen Zusammenarbeit. Bereits im Jahr 2000 wurde ein bilateraler Polizeivertrag verabschiedet, der in den folgenden anderthalb Jahrzehnten zwei Mal, zuletzt im Jahr 2015 erneuert wurde.<sup>53</sup> Bewährt haben sich vor allem die beiden Polizeikontaktstellen, die 2007 im nordböhmischen Petrovice nahe der Grenze zu Sachsen und im bayerischen Schwandorf eingerichtet wurden. Gemeinsame Streifengänge und die gemeinsame Besetzung eines Patrouillenboots auf der Elbe haben den deutschen Sorgen entgegengewirkt, dass mit der Aufnahme der Tschechischen Republik in den Schengen-Raum im Dezember 2007 die Zahl der Autodiebstähle im deutschen Grenzgebiet und die Verbreitung von Methamphetamin (Crystal Meth) aus Laboren in Tschechien zunehmen könnte.<sup>54</sup>

## Energiepolitik

Die konkrete Kooperation funktioniert auch in jenen Politikfeldern, in denen Deutschland und Tschechien keine grundlegende Einigkeit erreichen können. Dies gilt insbesondere für die Umwelt- und Energiepolitik. Die Zusammenarbeit zwischen den Umweltministerien ist eng und fruchtbar. Gleichzeitig misst Berlin dem Klimaschutz eine deutlich größere Bedeutung bei als Prag, wie nicht zuletzt die 2021 entwickelten Nationalen Programme im Zusammenhang mit der sogenannten „Aufbau- und Resilienzfähigkeit“ der EU gezeigt haben. Gleiches gilt für den Energiemix. Deutschland hat den Ausstieg

<sup>51</sup> Permanent Structured Co-operation (PESCO)'s Projects – Overview (Februar 2021). <[www.consilium.europa.eu/media/46846/pesco-projects-20-nov-2020.pdf](http://www.consilium.europa.eu/media/46846/pesco-projects-20-nov-2020.pdf)>.

<sup>52</sup> Rahmenvereinbarung zwischen der Tschechischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rettungsdienst. Bundesgesetzblatt Jahrgang 2015 Teil II Nr. 24, S. 1092-1094.

<sup>53</sup> Neuer deutsch-tschechischer Vertrag tritt in Kraft. BMI Pressemitteilung 28.9.2016.

<sup>54</sup> Zdeněk Kříž, Jana Urbanovská: The Security Dimension of Czech-German Co-operation, in: Dančák, Hloušek, Towards Partnership, S. 178–212, hier S. 204–210.

aus der Atomenergie beschlossen und wird im Jahr 2022 die letzten Reaktoren vom Netz nehmen. Tschechien hingegen setzt auf die Atomkraft und hat im südböhmischen Temelín in den Jahren 2002 und 2003 zwei Reaktoren in Betrieb genommen, deren Laufzeit frühestens in den 2040er Jahren enden soll. Das Projekt zweier weiterer Reaktoren an diesem Standort hat Prag zwar zumindest vorübergehend aufgegeben, jedoch ist am Standort Dukovany ein weiterer neuer Reaktor geplant.<sup>55</sup> Anders als im Falle Österreichs, wo der tschechische Atombau innen- und außenpolitisches Thema ist, übt die Bundesregierung strikte Zurückhaltung und selbst die Partei *Bündnis 90/Die Grünen* ignoriert das Thema.<sup>56</sup>

Für Konflikt sorgte hingegen die Erhöhung des Anteils von Windenergie in Deutschland. Dies führte dazu, dass in der ersten Hälfte der 2010er Jahre zu Spitzenzeiten große Strommengen aus Norddeutschland über das integrierte tschechische Netz nach Süddeutschland und Österreich flossen. Diese ungeplanten Stromflüsse bedrohten die Stabilität des tschechischen Verbundnetzes. Um Netzzusammenbrüche zu verhindern, musste der tschechische Netzbetreiber ČEPS die Einspeisung aus tschechischen Kraftwerken drosseln, was mit erheblichen Kosten verbunden war. Tschechien stellte ungefragt mit seinem Netz jene Netzreservekapazitäten zur Verfügung, die Deutschland wegen des fehlenden Ausbaus von Stromtrassen nicht hatte. Dies sorgte für Ärger in Tschechien, insbesondere da Deutschland das Problem erst ignorierte, dann zwar grundsätzlich anerkannte und auch der Einrichtung einer bilateralen Arbeitsgruppe auf Regierungsebene zustimmte, jedoch nicht wirklich reagierte. Der versprochene Netzausbau in Deutschland kam nicht voran, das Bundeswirtschaftsministerium erklärte, die Bundesregierung könne aus rechtlichen Gründen keinen Einfluss auf die Einspeisung auf deutscher Seite nehmen – und bezeichnete die Zusammenarbeit mit Tschechien als gut. Die tschechische Seite sah das ganz anders. Wieder einmal schienen sich die asymmetrischen Verhältnisse in der Nachbarschaft zwischen dem kleinen Tschechien und dem großen Deutschland zu bestätigen. Da Tschechien – insbesondere der Netzbetreiber ČEPS – das Problem in die Öffentlichkeit brachte – und die Regierung es nicht nur auf bilateraler, sondern auch auf regionaler (Visegrád-Gruppe) und europäischer Ebene thematisierte, vereinbarten Prag und Berlin schließlich im Jahr 2015 die Installation von je zwei Phasenschiebertransformatoren auf deutscher und auf tschechischer Seite. Die Kosten auf tschechischer Seite musste zwar Prag tragen, aber seit der Inbetriebnahme der Anlagen im Umspannwerk im nordböhmischen Hradec im Januar 2017 können die Stromflüsse besser gesteuert werden.<sup>57</sup>

<sup>55</sup> Siehe dazu den Beitrag von Tomáš Ehler in diesem Band, S. 313–334.

<sup>56</sup> Anders hingegen Präsident Zeman, der im August 2021 bei einem ganz im Zeichen der Harmonie stehenden Staatsbesuch seine Amtskollegen Steinmeier stichelte, sollte der doppelte Ausstieg aus der Atomkraft und Kohlekraft zu Stromknappheit in Deutschland führen, stünde Tschechien als Stromexporteur bereit, um „zu einem angemessenen Preis“ auszuweichen. Steinmeier und Zeman loben tschechisch-deutsche Beziehungen. FAZ, 26.9.2021.

<sup>57</sup> Dazu die hervorragende Studie Zuzana Mjartanová: *Zahraničně-politická rovina vztahů v oblasti energetiky mezi Českou republikou a Spolkovou republikou Německo v letech 2004–2014*. Diplomová práce obhájená na Fakultě sociálních věd Univerzity Karlovy, Praha 2015, hier S. 82–102.

*Der Pandemie-Schock*

30 Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, über zehn Jahre nach der Osterweiterung der EU und über zehn Jahre nach Einstellung der Kontrollen an der deutsch-tschechischen Grenze im Zuge des Beitritts der Tschechischen Republik zum Schengen Raum schien nichts mehr die Freizügigkeit zwischen beiden Staaten beschränken zu können. Dann kam die Sars-Cov-2-Pandemie und mit ihr überall in Europa Grenzschließungen. Im Frühjahr 2020 schloss Prag angesichts einer raschen Ausbreitung des Virus in Deutschland und niedrigen Inzidenzen in Tschechien auf Basis von Artikel 28 Absatz 1 des Schengener Grenzkodex die Grenzübergänge zu Deutschland (und Österreich).<sup>58</sup> Die deutsche Seite wurde vor vollendete Tatsachen gestellt, was einen recht scharfen Meinungsaustausch auf hoher politischer Ebene nach sich zog. Ein Jahr später hatte Tschechien sehr hohe Inzidenzen zu verzeichnen und nun schränkte Deutschland den Grenzverkehr massiv ein. Betroffen waren vor allem tschechische Pendler, die täglich zur Arbeit nach Bayern (24 000) oder Sachsen (9000) fahren, sowie deren Arbeitgeber.<sup>59</sup>

Es stellte sich heraus, dass trotz der erheblichen Institutionalisierung der bilateralen Beziehungen kein Forum bestand, in dem das Vorgehen abgestimmt oder die andere Seite auch nur rechtzeitig über die geplanten Maßnahmen informiert worden wäre. Sofort brachen alte Gräben wieder auf. Der Ärger kam bei einer Sitzung des Beirats des Deutsch-tschechischen Diskussionsforums zum Vorschein, so dass Beobachter davon sprachen, das Verhältnis der beiden Länder sei „derzeit geprägt von Irritationen und Verletzungen“.<sup>60</sup> Allerdings darf nicht vergessen werden, dass das Gleiche auch im deutsch-französischen Verhältnis geschah, das allgemein als noch enger und stabiler gilt. Generell wurden auch innerstaatlich in Deutschland und in Tschechien im Namen des Infektionsschutzes so viele scheinbar eherne Gesetze der institutionellen Ordnung ausgesetzt, dass es wenig verwundert, dass die deutsch-tschechischen Foren vorübergehend an Bedeutung verloren. Und auch speziell eingerichtete bilaterale Gremien wie ein nach den Grenzschließungen im Frühjahr 2020 geschaffener Abstimmungskreis (AK), dem Vertreter der Außenministerien und der Bundesländer bzw. der Bezirke beidseits der Grenze angehörten, konnten daran nichts ändern. Der Kreis arbeitete solange zu beidseitiger Zufriedenheit, wie die Lage entspannt war. Als die Infektionszahlen in Tschechien stiegen, zogen in Berlin das Innen- und Gesundheitsministerium die Kompetenzen an sich und der Abstimmungskreis konnte nur zuschauen, wie die Grenzen erneut – dieses Mal von deutscher Seite – geschlossen wurden.<sup>61</sup>

Obwohl Berlin und Prag in ähnlicher Lage ähnlich handelten – allerdings zu unterschiedlichen Zeiten -, breitete sich in Deutschland und in Tschechien ein gewisser Ärger aus, nicht zuletzt weil auf beiden Seiten in der medialen Darstellung der Pandemielage und des Krisenmanagements alte Stereotypen auftauchten. So ragte etwa für eine kurze Zeit auf Bildern zur Infektionslage ein bedrohlicher Keil aus dem Osten nach Deutschland hinein. Diesen Ärger suchte die Politik mit symbolischen Gesten zu

<sup>58</sup> Mimořádné opatření ze dne 12. března 2020. Ministerstvo vnitra ČR,

<[www.mvcr.cz/clanek/mimoradne-opatreni-ze-dne-12-brezna-2020.aspx](http://www.mvcr.cz/clanek/mimoradne-opatreni-ze-dne-12-brezna-2020.aspx)>.

<sup>59</sup> Zur tschechischen Pandemiepolitik im Frühjahr 2020 und den Auswirkungen auf den grenzüberschreitenden Verkehr siehe Zuzana Lizcová: Abschottung, neue Solidarität, unklare Zukunft. Tschechien und die Sars-CoV-2-Pandemie, in: OSTEUROPA, 3–4/2020, S. 65–77.

<sup>60</sup> Corona entzweit Deutsche und Tschechen vertieft deutsch-tschechische Wunden. FAZ, 29.4.2021.

<sup>61</sup> Interview mit einem hohen tschechischen Beamten, 26.3.2021.

beschwichtigen. Im Winter 2020/2021 boten etwa Bayern und Sachsen Intensivbehandlungsplätze für Patienten aus Tschechien in deutschen Krankenhäusern und auch Tschechien machte solche Angebote. Tatsächlich genutzt wurden sie nicht.<sup>62</sup>

## Fazit: Zwischen Miteinander und Gegeneinander

Tschechien und Deutschland haben es in den vergangenen 30 Jahren geschafft, die konfrontative Stellung zu überwinden, die die Beziehungen zwischen den beiden Völkern und ihren Staaten über weite Teile des 20. Jahrhunderts geprägt hat. Auch ist es ihnen gelungen, Konflikte zu regulieren, die sich aus unterschiedlichen Interessen und politischen Ansätzen ergaben und die aufgrund der asymmetrischen Machtverteilung zwischen den beiden Staaten sowie von Belastungen aus der Vergangenheit stets die Gefahr einer rhetorischen Eskalation bargen.

Gleichwohl haben die deutsch-tschechischen Beziehungen weiter ein doppeltes Gesicht. In hochpolitischen Fragen, in denen es um strategische Präferenzen und grundlegende Werthaltungen geht, beeinflusst die aktuelle innenpolitische Konstellation das Verhältnis. Dies gilt vor allem für Tschechien, da die Beziehungen zum großen Nachbarn, historischen Gegner und seit vielen Jahren wichtigsten Wirtschaftspartner und aktivstem externen Akteur in Ostmitteleuropa für Prag von großer politischer Relevanz sind. Für Berlin hat das Verhältnis zu Tschechien als einem von mehreren kleineren Nachbarstaaten weniger Bedeutung. Entsprechend wird bei ein gelegentlichen rhetorischen Scharmützeln von manchen Kräften in Prag die Stimme eher laut erhoben, in Berlin dagegen eher leise. Neben diesen politischen und politisierten Beziehungen, die gewissen Schwankungen unterliegen, gibt es eine gut institutionalisierte dauerhafte Zusammenarbeit in vielen Fragen, die von den politischen Konjunkturen weitgehend unberührt bleibt. Diese Kooperation reicht von der kommunalen und regionalen Ebene in den grenznahen Gebieten über die zwischenstaatliche bis zur internationalen Ebene in EU und NATO. Auf nationaler Ebene ist seit 2015 eines dieser Formate der „Strategische Dialog“. Eingerichtet wurde er zwar, um die Beziehungen zwischen Berlin und Prag langfristig zu vertiefen. Tatsächlich hat er die horizontalen Verbindungen zwischen den Ministerien vertieft und sich als nützliche Plattform für die Entwicklung direkter Kontakte im jeweiligen Politikfeld erwiesen. Doch wieder ist es eher die technische Zusammenarbeit, die hervorragend funktioniert, weniger hingegen die strategische Zielentwicklung.<sup>63</sup>

Vergleichsweise schwach ist die deutsch-tschechische gesellschaftliche Verflechtung jenseits staatlicher und halbstaatlicher Institutionen. Dies gilt auch für die Beziehungen zwischen den Parteien. In der tschechischen Politik gibt es nur geringes Interesse, enge Kontakte zur jeweiligen Partei des gleichen politischen Lagers in Deutschland aufzubauen. Eine Ausnahme sind die tschechischen Sozialdemokraten, doch deren Zerfall und Marginalisierung ist noch dramatischer als der Wählerschwund bei der SPD. Potential hat die Zusammenarbeit der *Piratenpartei* mit den deutschen *Grünen* im Europäischen Parlament in der Fraktion *Die Grünen/Europäische Freie Allianz*.

<sup>62</sup> Sasko i Bavorsko jsou připraveny pomoci s pacienty. Česko ale zatím nežádalo. Český deník, 3.2.2021, <[www.denik.cz/staty-eu/sasko-bavorsko-virus-pomoc-20210203.html](http://www.denik.cz/staty-eu/sasko-bavorsko-virus-pomoc-20210203.html)>.

<sup>63</sup> Jana Urbanovská: Federal Republic of Germany in Czech Foreign Policy, in: Michal Kořan et al.: Czech foreign policy in 2016. Praha 2017, S. 83–102, hier S. 85, <[www.dokumenty-iir.cz/CZP/2017\\_EN/3.pdf](http://www.dokumenty-iir.cz/CZP/2017_EN/3.pdf)>. – Benjamin Tallis: Czech-German Relations: A Dialogue in Place of Strategy and in Need of Strategy. Policy Paper, Institute of International Relations. Prague 2016.

Der Januskopf der deutsch-tschechischen Beziehungen zeigt sich auch an den Beziehungen der beiden Staaten im institutionellen Rahmen der EU. Auf mittlerer und höherer Verwaltungsebene haben sich durch die gemeinsame Mitgliedschaft in der Union intensive und kooperative Arbeitsbeziehungen entwickelt. Längst wird in den tschechischen Ministerien in europäischen Zusammenhängen gedacht. Doch die höchste politische Ebene ist davon in weitaus geringerem Maße berührt und von dort wuchs in den vergangenen Jahren der Druck auf eine Renationalisierung der Staatsverwaltung, was jedoch eindeutig mit weniger Effizienz und Transparenz einhergeht.<sup>64</sup>

Die Doppelgesichtigkeit ist in den vergangenen Jahren noch deutlicher hervorgetreten. Die Stärkung populistischer Kräfte in Tschechien hat dazu geführt, dass mehr grundsätzliche Differenzen in Wertefragen zu Tage getreten sind. Symbolisch kam dies darin zum Ausdruck, dass mit Zeman und Babiš die beiden führenden Männer der tschechischen Politik Trump offen unterstützten und sich gar zu „tschechischen Trumps“ erklärten, während sich in Deutschland nahezu das gesamte Parteienspektrum sowie fast alle gesellschaftlichen Milieus mindestens mit Entsetzen nach Washington schauten. Immer wieder vertraten Politiker der Prager Regierungsparteien Positionen zur EU oder zu Migrationsfragen, wie sie in Deutschland nur die AFD verkündet. Gleichzeitig hat auch diese Entwicklung die Bereitschaft zur Zusammenarbeit in Sachfragen auf keiner der beiden Seiten gemindert.

Allerdings hat die Covid-19-Pandemie in den Jahren 2020 und 2021 gezeigt, dass auch nach drei Jahrzehnten der bilateralen Kooperation und fünfzehn Jahren gemeinsamen Wirkens in multilateralen Institutionen in Krisenmomenten der nationale Reflex weiter tief verankert ist. Die Grenzschließungen – einmal von tschechischer, einmal von deutscher Seite – waren zwar nur von kurzer Dauer. Doch sie waren symptomatisch. Sie haben die Grenzen des Ansatzes „Auf-Sicht-fahren“ demonstriert und gezeigt, wie wichtig die gemeinsame Entwicklung strategischer Ziele ist. Sei es in der Pandemiepolitik, in der Klimapolitik oder beim Umgang mit der von fortschreitender Digitalisierung und Automatisierung getriebenen vierten industriellen Revolution, die die gewachsene deutsch-tschechische Arbeitsteilung in Frage stellt: überall bedarf es der konzeptionellen Planung. Wer sich darauf verlässt, dass alles bleibt, wie es ist, wird schnell erleben, wie alles sich ändert.

*Aus dem Tschechischen von Volker Weichsel, Berlin*

---

<sup>64</sup> Interview mit einem hohen Beamten des Außenministeriums der Tschechischen Republik.



*Musealisiert. Skandalumwitterte Installation „Entropa“ von David Černý, während der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft 2009 im Gebäude des Rats der Europäischen Union in Brüssel, seit 2010 im Techmania Science Center in Plzeň*